Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 43. [50. Jahrgang.] Sonntag den 19. Februar 1911. Zweite (Morgen-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 43.

Berlin, den 18. Februar.

Wochen-Rundschau.

Die seit mehreren Wochen der Oeffentlichkeit erkennbar gewordene Spannung der Beziehungen zwischen **Rußland** und **China** hat in jüngster Zeit eine Zuspitzung erfahren, die in einer entschieden gehaltenen Note der russischen Regierung ihren Ausdruck findet. Der Veröffentlichung der Note, mit deren Ueberreichung der russische Gesandte in Peking beauftragt ist, ging eine Betrachtung der offiziösen Petersburger Rossija voraus, in der die Beschwerden Rußlands gegenüber China eingehend dargelegt wurden. Das Blatt macht der chinesischen Regierung den Vorwurf, daß sie im Gegensatz zu der fortgesetzt freundschaftlichen Politik Rußlands sich zahlreiche Verstöße gegen Verträge mit Rußland und Verletzungen der Rechte russischer Untertanen habe zu schulden kommen lassen. Es sei sogar klar, daß die chinesische Regierung hierbei systematisch vorgehe. In der Mandschurei wird als besonders radikaler Versuch in dieser Hinsicht bezeichnet die Leugnung der besonderen Stellung des russischen Ueberlandhandels, die sich auf unzweifelhafte Vertragsbestimmungen stütze. Die Chinesen beriefen sich dabei auf den 3. Artikel des Portsmouth-Vertrages, in dem Rußland erkläre, daß es in der Mandschurei keine Vorrechte bezüglich des Bodenbesitzes und außerordentlichen Konzessionen besitze. Es sei aber klar, daß gewisse Handelsprivilegien, die durch die besondere geographische Lage Rußlands bestimmt seien, mit dem Artikel 3 nichts zu tun hätten. Nachdem die Chinesen diesen allgemeinen Standpunkt aufgegeben hätten, hätten sie ihn doch im einzelnen, z. B. bei den Verhandlungen über die Sungari-Schiffahrt vertreten. Hierher gehöre auch der chinesische Versuch, die Handelsfreiheit in einer Zone von 50 Werst längs der Mandschurischen Grenze zu leugnen. In der Mandschurei werde außerdem fortgesetzt die Chinesische Ostbahn in der verschiedensten Weise schikaniert. Auch für das eigentliche China führt die Rossija eine Reihe von Rechtsverletzungen auf. Auf Grund des Petersburger Vertrages genieße der russische Handel Freiheit, die von den chinesischen Behörden durch beschränkende Auslegung des buchstäblichen Sinnes der Artikel und Verletzung der eingebürgerten Praxis ständig verletzt werde. Besonders unerträglich seien die Bedrückungen der russischen Untertanen im Altaigebiet, wo sogar ihre Gebäude vernichtet worden seien. Als die russische Regierung deshalb auf die Schaffung eines russischen Konsulats drang, sei dies von den Chinesen schroff verweigert worden. Schließlich werden noch Verletzungen der Zollbestimmungen und des Prinzips der Konsulargerichtsbarkeit angeführt. Die Rossija zieht daraus folgenden Schluß: „Die dargelegten Tatsachen zwingen einen zur Annahme, daß die chinesische Regierung sich mit dem Gedanken trägt, die Bedeutung unserer wichtigsten Rechte, Vorzüge und Privilegien herabzumindern, obgleich sie durch eine ganze Reihe von Vereinbarungen gesichert und durch den Petersburger Vertrag von 1881 reguliert sind. Wenn wir darauf unsere Aufmerksamkeit richten, daß dieser Akt — im Falle auch nur eines einseitigen Wunsches einer neuen Durchsicht — im August des laufenden Jahres seine Kraft verliert, und daß sich die beiden Mächte bis dahin über Veränderungen und Ergänzungen zu einigen haben, so gibt uns die von der chinesischen Regierung erwählte Taktik den Hinweis auf die von ihr verfolgten Ziele." Die Rossija betont, daß dieser Weg der falsche ist, und die russische Regierung niemals auf die in unrechtmäßiger Weise zum Ausdruck kommenden Wünsche Chinas eingehen werde. Die russische Regierung habe alle Anstrengungen gemacht, ihre äußerst mäßigen Forderungen, ohne zu Repressivmaßregeln zu greifen, durchzusetzen. Sie sei auch bereit, alle Mißverständnisse der letzen Zeit zu vergessen, wenn die chinesische Regierung ihre Schuld gut mache.

In der erwähnten Note Rußlands an China werden sechs formulierte Forderungen gestellt, deren Annahme verlangt wird. Für den Fall einer Weigerung werden von der russischen Regierung für nötig befundene Maßnahmen angekündigt.

Von chinesischer Seite liegt bis zur Stunde keine Aeußerung vor. Die einzige aus chinesischer Quelle herrührende Mitteilung, die sich auf die gegenwärtige Lage bezog, war in der in Brüssel erscheinenden Korrespondenz des Aeußersten Ostens enthalten, die vor einigen Tagen darauf hinwies, daß die Frage der Erneuerung des Vertrages vom Jahre 1881 zwischen Rußland und China nunmehr akut geworden sei. China habe eine Kommission eingesetzt, um die jetzige Lage zu prüfen. Der Präsident dieser Kommission ist der chinesische Gesandte im Haag, der gegenwärtig auf Urlaub in Peking weilt. Er war früher Legationssekretär in Petersburg und Privatsekretär von Lihungtschang und ist deshalb mit den russischen Verhältnissen genau vertraut. Die Kommission, der viele höhere chinesische Beamte aus der Mandschurei angehören, habe bis jetzt sechs Sitzungen abgehalten. Sie werde jedenfalls wesentliche Abänderungen des bestehenden Vertrages vorschlagen.

• • •

Die handelspolitische Annäherung zwischen den **Vereinigten Staaten** von **Amerika** und **Kanada**, die durch den am 20. Januar erfolgten Abschluß eines wirtschaftlichen Gegenseitigkeitsabkommens eingetreten ist, und die in der Adreßdebatte des englischen Unterhauses sehr lebhafte Erörterungen veranlaßt hat, wurde am letzten Dienstag vom Repräsentantenhause zu Washington mit 181 gegen 92 Stimmen gutgeheißen. Das Abkommen wird zum guten Teile als ein Werk des Präsidenten Taft betrachtet, der kürzlich in einer Bankettrede des guten Nachbarn im Norden gedachte, der den Vereinigten Staaten auf halbem Wege entgegengekommen sei. Dieses Abkommen werde, so führte er aus, jahrhundertelangen Streitigkeiten ein Ziel setzen und zur Herbeiführung gegenseitigen Wohlwollens und kommerziellen Einvernehmens zwischen blutsverwandten Völkern führen. Es bedeute eine großartige Erweiterung des amerikanischen Absatzgebietes und erschließe den Amerikanern ein nahe gelegenes gewaltiges Gebiet für den Bezug von Nahrungsmitteln. Kanada grenze an das amerikanische Gebiet auf einer Strecke von 3000 Meilen, aber die Amerikaner hätten sich nicht immer versöhnlich und rücksichtsvoll gegen diese Nachbarn verhalten.

In der Bewegung zu Gunsten des Reziprozitätsvertrages haben auf die Stimmung des amerikanischen Volkes allem Anscheine nach auch politische Beweggründe stark mitgewirkt, und der zum Sprecher des neuen Repräsentantenhauses ausersehene Demokrat Clark sagte im Repräsentantenhause unter stürmischem Beifall, die Zeit werde kommen, wo Großbritannien mit Freuden die Abtretung seiner nordamerikanischen Besitzungen an die Vereinigten Staaten ins Auge fassen werde. Diese Bemerkung hat den Präsidenten Taft veranlaßt, in einem Schreiben an das Kongreßmitglied McCall, das die Reziprozitätsvorlage im Repräsentantenhause eingebracht hat, zu erklären, daß das Abkommen keine politische Bedeutung habe, und daß die Unterhändler auf beiden Seiten mit keinem Gedanken an eine politische Annexion oder Vereinigung in der Zukunft gedacht hätten. Der Präsident hat danach mit einer vor wenigen Tagen auf dem Handelskongreß zu Washington getanen Aeußerung, daß die Förderung kommerzieller Beziehungen notwendig engere politische und soziale Beziehungen zwischen den Nationen herbeiführen müsse, nur an eine allgemeine Annäherung ohne staatsrechtliche Folgen gedacht. Auch Theodore Roosevelt ist lebhaft für die Annahme des Abkommens eingetreten und hat am 12. d. M. in einer in Michigan gehaltenen Rede ausgeführt, unter den Mächten der Erde sei keine, mit der die Bevölkerung der Vereinigten Staaten lieber in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen wünschte als Kanada. Er begrüße den Vorschlag zu einem Gegenseitigkeitsabkommen als bemerkenswerten Schritt nach vorwärts in den Bestrebungen, zwischen den beiden Ländern die engsten freundschaftlichsten Beziehungen herzustellen. Der Gedanke der Angliederung Kanadas an die Vereinigten Staaten hat in einer von dem republikanischen Abgeordneten von New York, Bennet, im Repräsentantenhause eingebrachten Resolution Ausdruck gefunden, in welcher befürwortet wird, in diplomatische Unterhandlungen mit England zum Zwecke der Annektierung Kanadas einzutreten. Die Resolution ist dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten übergeben worden, dessen Mitglied Bennet ist. Da dieser Gegner des Reziprozitätsabkommens ist, glaubt man, er habe seine Resolution nur eingebracht, um in Kanada Mißtrauen gegen das Abkommen zu erregen. Der Ausschuß hat denn auch am Donnerstag die Resolution mit neun Stimmen gegen die des Antragstellers verworfen. Es wird angenommen, daß sich im Senat der Vereinigten Staaten trotz erheblicher Opposition der Hochschutzzöllner eine Mehrheit für das Abkommen finden wird. Wie sich das kanadische Parlament zu dem Abkommen stellen wird, ist mit Sicherheit nicht vorherzusehen.

• • •

In politischen und parlamentarischen Kreisen Wiens erachtet man es bereits als sicher, daß die Ansprüche der Heeres- und Marineverwaltung **Oesterreich-Ungarns** die uneingeschränkte Genehmigung der Delegationen finden werden. Hingegen werden in manchen parlamentarischen Kreisen Zweifel geäußert, ob es den Regierungen von Oesterreich und von Ungarn möglich sein werde, ihrer Absicht gemäß noch im Laufe dieses Frühjahrs den Komplex der Wehrreformvorlagen in den beiderseitigen Parlamenten zur Verhandlung zu bringen. Bekanntlich besteht zwischen der Wehrreform und der neuen Militärstrafprozeßordnung eine Art von junctim und ist es bisher den Kabinetten Bienerth und Khuen-Hedervary noch nicht gelungen, die Verhandlungen über die Regelung der Sprachenfrage im Militärstrafverfahren zum Abschluß zu bringen. Die betreffenden Verhandlungen wurden und werden auf der Grundlage geführt, daß die ungarische Staatssprache im Militärstrafverfahren zur Geltung gelange, doch konnte über das Wie noch keine volle Einigung erzielt werden. Offenbar handelt es sich hier um die Lösung des immerhin manche Schwierigkeiten bietenden Problems, der ungarischen Staatssprache ihre durch die staatsrechtlichen Verhältnisse bedingte Stellung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der deutschen Dienstsprache der gemeinsamen Armee anzuweisen. Freiherr v. Bienerth hat im Heeresausschusse der Oesterreichischen Delegation erklärt, die österreichische Regierung werde bestrebt sein, eine Lösung der Frage herbeizuführen, welche das wirkliche Zustandekommen einer neuen Militärstrafprozeßordnung auch im österreichischen Parlament gewährleisten werde, und damit deutlich bekundet, daß die österreichische Regierung im weiteren Verlaufe ihrer Verhandlungen mit Ungarn nur einer solchen Regelung der Sprachenfrage im Militärstrafverfahren zuzustimmen vermöchte, welche die Bürgschaft der Billigung durch den österreichischen Reichsrat in sich trüge.

Wie aus Budapest telegraphisch berichtet wird, hat heute der **Heeresausschuß der Oesterreichischen Delegation** sämtliche Kredite für die Marine mit allen gegen drei Stimmen, eine Resolution, betreffend kräftige Förderung aller auf eine Abrüstung hinzielenden Bestrebungen und Ausgestaltung des Haager Schiedsgerichtshofes, sowie eine Resolution, die die Regierung auffordert, ein Flottengesetz dem Reichsrat vorzulegen, angenommen. Eine Resolution, betreffend Einleitung von Verhandlungen mit Italien über Einschränkung der Rüstungen, wurde abgelehnt.

Die Gesetzesvorlage über die **Verlängerung des Bankprivilegiums** wurde in der Generaldebatte heute im ungarischen Abgeordnetenhause mit einer Majorität von 93 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary ergriff vor der Abstimmung das Wort und wies darauf hin, daß der Grundsatz der Barzahlungen in der Vorlage enthalten sei, wenngleich der Oesterreichisch-Ungarischen Bank eine formelle Verpflichtung nicht auferlegt worden sei. Die österreichische Regierung habe wegen der parlamentarischen Schwierigkeiten im Wiener Reichsrat die Aufnahme der Barzahlungen verhindert. Die ungarische Regierung habe aus diesem Grunde nicht die Gemeinsamkeit der Bank aufs Spiel setzen wollen; auch wäre es nicht gerechtfertigt gewesen, daß die ungarische Regierung aus diesem Grunde demissioniert hätte, da sie sich in Uebereinstimmung mit der Krone und der Majorität gewußt habe. Der Ministerpräsident widerlegte sodann die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Bestimmung des Gesetzentwurfs, daß die Anordnung der obligatorischen Barzahlung vier Wochen nach der Mitteilung hierüber an das Parlament Gesetzeskraft erlange, und empfahl schließlich die Vorlage zur Annahme. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von der rechten Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

• • •

Im **englischen Unterhause** hat am vergangenen Mittwoch die Adreßdebatte mit der Annahme der Antwortadresse auf die Thronrede geendet, nachdem ein von der Opposition beantragtes Amendement zur Adresse, in welchem die Politik der Regierung in der Homerule-Frage kritisiert und eine bestimmte Erklärung des Premierministers verlangt wurde, mit 326 gegen 213 Stimmen abgelehnt worden war. Die Iren und die Arbeiterpartei stimmten geschlossen mit den Liberalen. Der Premierminister erklärte in der Debatte über das Amendement, die Parlamentswahlen hätten auch über Homerule entschieden. Er habe immer daran festgehalten, daß bei dem Reichsparlament die Oberherrschaft verbleiben müsse, er begünstige aber die lokale Verteilung der Verwaltung. Man könne die irische Frage nur lösen durch Schaffung eines irischen Parlaments mit einer diesem Parlament verantwortlichen Verwaltung der rein irischen Angelegenheiten. Er stehe für einen Thron, ein Reich und ein Volk, das in der ausgedehntesten Weise Selbstverwaltung in Lokalfragen übe, aber ein Volk in Herz und Geist sei; das sei der wahre Imperialismus. Der erste Schritt nach der Durchführung der Verfassungsbill werde die Einbringung der Homerule-Bill sein. Redmond versicherte namens der Iren, diese nähmen des Premierministers Erklärung in vollem Umfange an, Sie wüßten, daß ihre Sache in schnellem Fortschreiten zum Siege begriffen sei. Und wie ein Mitglied der königlichen Familie zur Eröffnung des Unionsparlaments nach Südafrika entsandt worden sei, so hofften die Iren, daß der König, dessen Regierung lang und glorreich sein möge, in Person das Parlament einer freundlich gesinnten, versöhnten irischen Nation eröffnen werde. Der Minister des Innern Churchill betonte, daß das irische Volk in der Welt weit zerstreut ist, namentlich in Nordamerika, und daß eine Versöhnung der Iren und der Briten der Sache des Weltfriedens diene, da sie die nordamerikanische Union England näher bringen werde.

Am Donnerstag hat das Unterhaus mit 196 gegen 118 Stimmen gemäß dem Wunsch der Regierung beschlossen, daß alle Sitzungen bis Ostern der Beratung der Regierungsvorlagen gewidmet werden sollen. Am nächsten Dienstag beginnt der große Kampf um die Parlamentsbill. Welche Haltung die Opposition annehmen wird, darüber liegen bisher keine sicheren Anzeichen vor.

• • •

In **Bulgarien** wird eine durch die Proklamation zum Königreich notwendig gewordene **Revision der Verfassung** vom Jahre 1893 vorbereitet, die der im Laufe dieses Jahres zu wählenden Großen Sobranje, die die doppelte Zahl von Abgeordneten enthält, unterbreitet werden soll. Das Kabinett Malinow hat in der Sobranje für den von ihm vorgelegten Revisionsentwurf in erster Lesung einstimmige Billigung gefunden, nachdem Malinow sich mit einigen Abänderungen einverstanden erklärt hatte, namentlich damit, daß der König das ihm in dem Entwurf zugestandene Recht, geheime Verträge ohne Wissen der Sobranje abzuschließen, unter Mitwissen und Verantwortlichkeit der Regierung ausübe; ferner erklärte sich Malinow bereit, von der Schaffung eines Ministerpostens ohne Portefeuille und der Ernennung von Unterstaatssekretären abzustehen. Schon der Ministerrat hatte auf die von Zankowistischer Seite angeregte Einsetzung eines Senats verzichtet. Wie aus Sofia gemeldet wird, lauten die wichtigsten Punkte des von der Sobranje im Prinzip angenommenen Revisionsentwurfes folgendermaßen:

Art. 17. Der König vertritt das Königreich in allen Beziehungen desselben zu fremden Staaten. Er schließt unter Mitwissen und Verantwortlichkeit der Regierung und bestätigt alle Verträge mit fremden Staaten und gibt sie der Nationalversammlung bekannt, wenn es die Interessen und die Sicherheit des Staates zulassen. Die Handelsverträge jedoch, wie auch alle Verträge, welche dem Staate Ausgaben auferlegen oder Aenderungen der bestehenden Gesetze erheischen, wie auch solche, die die öffentlichen oder die bürgerlichen Rechte der bulgarischen Staatsangehörigen berühren, werden erst durch die Annahme seitens der Sobranje rechtskräftig. — Art. 24. Die königliche Würde ist in der männlichen Linie des Königs der Bulgaren Ferdinand I. von Sachsen-Koburg-Gotha erblich. Ueber die Erbfolge wird ein besonderes Gesetz ausgearbeitet werden. — Art. 35. Die Nationalversammlung stellt durch ein Gesetz zum Unterhalt des Königs und seines Hofes eine Zivilliste fest. Die letztere kann weder ohne Zustimmung der Nationalversammlung erhöht noch ohne Zustimmung des Königs vermindert werden. — Art. 55. Ausländer können gemäß einem auszuarbeitenden Gesetz die bulgarische Staatsangehörigkeit erhalten. (Bisher entschied darüber die Sobranje für jeden einzelnen Fall besonders.) — Art. 63. Alle Immobilien im Königreich unterstehen den bulgarischen Gesetzen, auch wenn sie Ausländern gehören. — Die im alten Artikel 76 vorgesehenen Beschränkungen der persönlichen Freiheit in außergewöhnlichen Zeiten sind

---

Der Kronprinz in Indien.

IV.

Die ersten Sonnenstrahlen drangen gerade durch die dichten Schleier der Morgennebel, als der Kronprinz in Benares die breiten Treppen hinabstieg, die zu den Ufern des heiligen Ganges führen. Eine Staatsbarke, von einem rotseidenen Zeltdach überspannt, erwartete ihn, besetzt mit Ruderknechten in malerischen rotgelben Kostümen. In einem zweiten Boot nahm das Gefolge des Kronprinzen Platz, und dann ging es langsam den Strom hinauf, und die Ufer des heiligsten aller Ströme zogen gleich phantastischen Bildern aus einer fremden Welt an den Augen des Kronprinzen vorüber.

Aus dem engen Gassengewirr der Uferstadt drängen die endlosen Scharen der braunen Gestalten, Männer, Frauen, Greise und Kinder, breiten sich aus auf den geräumigen Uferterrassen, legen schreiend und geschäftig ihre grellbunten Gewänder ab und steigen zu Tausenden und Tausenden die Treppen zu den heiligen Fluten herunter. Die Treppenanlagen werden unterbrochen von Hunderten von Tempeln, die mit ihren bizarren Formen das Auge verwirren, von zahllosen Pagoden, die gleich spitzen Fingern warnend gen Himmel weisen, von mächtigen Palästen alter Hindu-Fürsten, die mit breiten, festungsartigen Mauern aus dem Wasser aufsteigen und in ihrem Stil an Bauten der Spätrenaissance erinnern. Es ist ein unübersehbares Gewirr von Flächen, Winkeln und Spitzen, und aus jeder Ecke quellen neue bunte Menschenmengen hervor und drängen die Treppen zu den Badeplätzen hinunter.

Mit dem größten Interesse verfolgte der Thronfolger die seltsamen Bilder, die sich vor ihm aufrollten, und wiederholt ließ er seine Barke halten, um Einzelheiten besser beobachten zu können. Die englischen Herren machten ihren hohen Gast von Zeit zu Zeit auf besonders interessante Stellen aufmerksam. Da war eine kleine Felsenhöhle, die als Tempel diente. Im Halbdunkel des engen Raumes stand eine steinerne Kuh, von Blumen übersät und mit einem Kranz großer gelber Blüten behangen. Eine Anzahl Frauen schritt langsam und feierlich im Kreise um sie herum, streuten weitere Blumen aus und schütteten heiliges Gangeswasser auf das Götzenbild: sie opferten und beteten um Fruchtbarkeit. Auf einer großen Plattform loderten mehrere Reisigbündel, von Männern in weißen Gewändern bewacht, die mit langen Stangen das Feuer schürten. Plötzlich erkannte man in der grellroten Glut ein sich krampfendes Menschenbein — wir hatten eine Verbrennungsstätte vor uns. Dann wies der Kronprinz seine Umgebung auf eine Gruppe geschäftiger Gestalten, die einen rohgezimmerten Tragstuhl umringten. Ein alter, bartloser Mann saß darin, den Kopf auf die Brust gesenkt: es war die Leiche eines Priesters, die in den Fluß versenkt werden sollte, denn Priester und Kinder werden unverbrannt den heiligen Wellen übergeben. Da sitzt eine Gruppe von Pilgern ruhig und unbeweglich auf einem Stein; sie haben einen Schwur geleistet, hier ihren Tod zu erwarten, und dort erfüllt eine andere Gruppe von Männern ein anderes Gelübde, indem sie gleichmäßig wie im Turnunterricht eine bestimmte Zahl gymnastischer Uebungen vollführen. Und hier steht ziemlich fern vom Ufer, abgesondert von den anderen Badenden, bis an die Brust ein Mann im Wasser, die Arme der Sonne entgegengestreckt, und das Gesicht verzückt zum Himmel erhoben. So betet er laut, dreht sich dabei fortgesetzt im Kreise, taucht ins Wasser, breitet die Arme von neuem der Sonne entgegen und betet mit immer lauteren, immer dringenderen Rufen — ganz in Verzückung, gleichsam, als ob er durch die Kraft seines Glaubens die Sonne zur Erde herabziehen und Wasser, Feuer und Erde versöhnen wollte. . . .

Immer neue Bilder zogen an den Augen des Kronprinzen vorüber, ein bunter Wechsel von ergreifenden und grotesken Szenen. Der Thronfolger empfing von diesen Stätten, zu denen seit zweieinhalb Jahrtausenden Hunderte von Millionen Menschen pilgern, die stärksten Eindrücke, und diese Fahrt auf dem Ganges wird sicherlich zu seinen bleibendsten Erinnerungen zählen. In der Nähe der großen Eisenbahnbrücke, die den Ganges überspannt, ging er dann wieder an Land, gefolgt von einem eingeborenen Diener, der ihn bis zum Wagen geleitete und einen riesigen goldbestickten Schirm aus violetter Seide über das Haupt des Kronprinzen hielt, um ihn vor den sengenden Sonnenstrahlen zu schützen.

Ueber dem Haupteingang der Ausstellung von Allahabad prangt ein riesiges „Willkommen". Die preußischen und deutschen Farben schmücken den hübschen, ganz in Weiß gehaltenen Torbogen, zu beiden Seiten der Hauptallee wehen schwarz-weiß-rote Fahnen von hohen Masten, vom Musikpavillon her tönen die neusten Berliner Melodieen, und bei Einbruch der Dunkelheit flammt ein Feuerwerk auf, bei dem die Bilder des Kaisers und des Kronprinzen, aus Tausenden kleiner Lämpchen zusammengesetzt, von der Menge durch Händeklatschen und Hurrarufen begrüßt werden. Deutsche Fahnen, deutsche Musik und deutsches Feuerwerk — wenn die braunen Gestalten der Inder sich nicht auf allen Wegen drängten, könnte man meinen, im Ausstellungspark zu Berlin zu sein. In Wirklichkeit handelte es sich um einen Galaabend zu Ehren des Kronprinzen, der zum Besuch der Ausstellung in Allahabad eingetroffen war.

Gleich am Morgen nach seiner Ankunft stattete der hohe Reisende der Ausstellung seinen ersten Besuch ab. Im grauen Reiseanzug, frisch und liebenswürdig wie immer, erschien er in Begleitung des Handelsattachées am Generalkonsulat Kalkutta, Gösling, am Eingang vom Präsidium der Ausstellung empfangen. Der Kronprinz unternahm zunächst, um einen allgemeinen Ueberblick zu gewinnen, einen Rundgang durch die ganze Ausstellung, die sich schon äußerlich überaus vorteilhaft präsentierte. Auf einem weiten Gelände waren eine große Anzahl von Hallen und Pavillons errichtet, die mit hübschen Parkanlagen, mit Restaurants und Vergnügungslokalen abwechselten.

Sodann besuchte der Kronprinz die verschiedenen Hallen und besichtigte mit großem Interesse die Produkte des indischen Gewerbefleißes. Er ließ sich überall Erklärungen geben, fragte nach Heimatsort und Herstellungsort und wandte seine besondere Aufmerksamkeit den Erzeugnissen des indischen Kunstgewerbes zu, die er wegen ihrer überaus feinen Arbeit bewunderte. Besonders die Gold- und Silberarbeiten sind hier zu nennen, wenn sie freilich auch dem europäischen Geschmack sehr häufig überladen erscheinen. Sehr eingehend besichtigte der Thronfolger auch einige Erzeugnisse altindischer Kunst: kostbare Schnitzereien aus Elfenbein und Ebenholz, alte Korane, Darstellungen aus der Geschichte der Talukdars von Oudh u. a. Auch eine Ausstellung birmanesischer Kunstgegenstände, die sich in dem gleichen Saale befand, fesselte die Aufmerksamkeit des Kronprinzen.

Von den Erzeugnissen des modernen indischen Gewerbefleißes wandte der Kronprinz sein Interesse besonders den Produkten der Textilindustrie zu. Da waren Kaschmirschals in ungewöhnlich schönen Exemplaren, da waren die schweren Gold- und Silberbrokate aus Benares, Ahmedabad, da waren die entzückenden Stickereien, die in Agra und Delhi hergestellt werden. Ihnen schlossen sich die Einlegearbeiten in Marmor und rotem Sandstein an, die das Merkmal jenes großen Teiles der indischen Architektur ausmachen, der im Tadsch Mahal seine höchste Blüte gefunden hat und dessen Bauwerke dem Kronprinzen so sehr gefielen, daß er wiederholt mit Hülfe der kleinen Handkamera, die er stets bei sich führte, einzelne Ornamente photographierte. Dann besichtigte der Kronprinz die originellen Metallwaren aus Benares, die persischen Teppiche, für die er eine besondere Vorliebe hegt, die Erzeugnisse der indischen Parfümindustrie und all die zahlreichen anderen Zweige des eingeborenen Gewerbes. Zum überwiegenden Teil waren diese Erzeugnisse dem Kronprinzen schon auf seiner Reise begegnet, aber gerade dadurch war sein Interesse an indischem Kunsthandwerk so rege geworden, daß er sich nun mit besonderem Vergnügen noch einmal in das Studium der ausgestellten Produkte vertiefte.

Die englischen Hallen, die der Kronprinz sodann aufsuchte, gaben ihm ein Bild der von den verschiedenen Verwaltungsbehörden befolgten Methoden. Da war eine Halle für Medizin und Hygiene, eine andere für Erziehung und Unterricht, eine dritte für Volkswirtschaft, für Bewässerungswesen usw. Dem Besuche dieser Hallen widmete der Kronprinz den größten Teil seiner Zeit. Er ging hier auf alle Einzelheiten ein, ließ sich von den englischen Fachleuten genaue Aufklärungen geben und verweilte besonders eingehend bei der Abteilung für Bewässerungswesen, für das er schon während seiner Reise im Innern großes Interesse bekundet hatte. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete der Kronprinz aber natürlich den auf der Ausstellung vertretenen deutschen Erzeugnissen, die in einer besondern Halle untergebracht waren, und die sowohl von englischer wie von indischer Seite die größte Anerkennung gefunden haben. Zu Ehren des Thronfolgers hatte der deutsche Pavillon besonderen Festschmuck angelegt, und eine Kaiserbüste, von Blumenarrangements umgeben, begrüßte den Eintretenden. Der Kronprinz ließ sich sämtliche Vertreter der deutschen Firmen vorstellen, verweilte längere Zeit im Gespräch mit ihnen und besichtigte eingehend die ausgestellten Fabrikate. Es handelte sich in erster Linie um Erzeugnisse der Maschinen- und Automobilindustrie. Deutsche Erzeugnisse waren aber auch in anderen Abteilungen untergebracht, z. B. in den Abteilungen für Unterricht, für Photographie und für Forstwesen; und in der Abteilung für Zuckerindustrie steht ein Kruppsches Walzwerk zum Pressen von Zuckerrohr. . . .

Lange und eingehend hat der Kronprinz in zweimaligem Besuch die Ausstellung von Allahabad besichtigt und dabei ein anschauliches Bild von der Bedeutung des englisch-indischen Marktes gewonnen. Dicht hinter dem Ausstellungsplatz, am Zusammenfluß des Ganges und der Junna, liegt einer der heiligsten Plätze des Hinduismus. Und während dort büßende Fakire auf (zum Glück abgestumpften) Nägeln sitzen, und krassester Aberglaube seine wunderlichsten Blüten treibt, knattern daneben auf dem Flugfelde der Ausstellung die Motore, und der Aeroplan, diese neueste Errungenschaft westlicher Kultur, steigt steil einen unsichtbaren Berg hinan. So konnte sich in der Ausstellung von Allahabad für den Kronprinzen auch der unaufhaltsame Siegeslauf der modernen Technik verkörpern.